



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/239 - 14.10.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-32

Fernschreiber 039890

Zum Konflikt Italien-Jugoslawien	S. 1
Vertrauenskrise in Frankreich	S. 3
Der abgeschwächte "Neue Kurs" in der Söwjetzone	S. 5
Jagd nach Ministerposten	S. 7

Die Zuspitzung um Triest

r. Die internationale Spannung um die Triestfrage, in ihrem letzten zugespitzten Stadium durch die amerikanisch-englische Ankündigung akut geworden, die Zone A zu räumen und sie und die Stadt selbst den Italienern zu überlassen, hält unvermindert an. Der Entschluß Italiens, diese Chance wahrzunehmen und die Ankündigung Titos, sich nicht damit abzufinden, sondern im Notfall militärische Gegenmaßnahmen zu ergreifen, stehen einander schroff gegenüber. Die Welt wird höchst unangenehm daran erinnert, daß der politische Streit um den Status eines Stadtstaates am Beginn des zweiten Weltkrieges stand. Freilich liegen die Dinge diesmal in entscheidenden Punkten anders und niemand glaubt ernsthaft an eine bewaffnete Auseinandersetzung, auch nur zwischen den beiden direkt Beteiligten.

Die Triest-Literatur aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen würde eine stattliche Bibliothek bilden, allein die letzten 14 Tage haben eine Flut von neuen Veröffentlichungen in Zeitungen und Zeitschriften gebracht. Aber es ist unmöglich, die politische Problematik dieser Stadt und ihrer Umgebung auf so knappem Raum zu skizzieren und man muß sich mit einigen Hinweisen begnügen.

Zunächst ist einmal der Zeitpunkt, zu dem sich Washington und London, zur vollkommenen Überraschung aller Beteiligten, zu

ihrem drastischen Schritt entschlossen, ein grober Schönheitsfehler, wenn nicht mehr. Es ist zur Begründung auf alle möglichen Umstände hingewiesen worden, nur nicht auf den wichtigsten: Italien auf diese Weise die Zustimmung zur EVG abzukaufen. Aus keinem anderen Grunde bestand jedenfalls zur Zeit die Notwendigkeit, so plötzlich diese Operation vorzunehmen.

Das jugoslawische Echo, gesteigert bis zu lautem Säbelrasseln und Ausschreitungen in der Hauptstadt, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, zumal die Westmächte seit langem ihr grosses Interesse auch an der strategischen Position Jugoslawiens zu bekunden pflegen. Hinzu kommt ein stark gefühlsmässiges Argument, dem Tito am 11. Oktober mit den Worten Ausdruck gegeben hat: "Triest ist von unseren Truppen bezahlt worden, unsere Söhne vergossen ihr Blut für die Freiheit Triests". Dass die Stadt Triest heute zu 85 Prozent italienisch ist, wird ziemlich allgemein zum entscheidenden Teil der rigorosen Italianisierung zur Zeit des Faschismus zugeschrieben. Titos letzter Vorschlag geht dahin, die Triest-Frage während einer gewissen Zeit weiterhin offen zu lassen und zwei "autonome Einheiten" zu schaffen, die eine der B-Zone und dem Hinterland von Triest, in welchem die slowenische Bevölkerung vorherrscht, und die während der nächsten zehn oder mehr Jahre der jugoslawischen Souveränität zu unterstellen wäre, sowie zum anderen die Stadt selbst als eine "separate Einheit" mit autonomen Rechten unter italienischer Souveränität, wobei in jedem Fall ein ausreichender Minderheitenschutz zu schaffen wäre.

In das Spiel hat sich inzwischen auch die Sowjetunion eingeschaltet, die damit zum ersten Mal seit dem Bruch zwischen Tito und Stalin Belgrad diplomatische Hilfsstellung leistet und offenbar den Versuch macht, Tito wieder etwas näher an sich heranzuziehen. Darauf wird sich aber der Marschall kaum einlassen, der trotz der augenblicklichen bitteren Erfahrung wohl wissen dürfte, wo auf lange Sicht seine wahren Interessen liegen. Auf den jugoslawischen Vorschlag einer Vierer-Konferenz zwischen den USA, Großbritannien, Italien und Jugoslawien liegt noch keine Antwort vor.

Daß es zu der im Friedensvertrag mit Italien vorgesehenen Bildung eines Freistaats unter einem von den Grossmächten einschließlich der Sowjetunion zu ernennenden Gouverneur nicht gekommen ist, kann man gewiß nicht den Westmächten ankreiden. Aber ob sie in diesem Augenblick diese Konsequenz daraus ziehen mußten, bleibt doch sehr zweifelhaft. Bezeichnend ist übrigens, daß die Stadt Triest selbst die sensationelle Ankündigung vom Abmarsch der westalliierten Einheiten und dem Nachrücken italienischer Truppen nach allen vorliegenden Berichten ohne besondere Dankes- und Jubelausbrüche, vielmehr in zurückhaltender Ruhe aufgenommen hat.

Französische Demokratie vor einem Wendepunkt

G.S.-Paris, Mitte Oktober

Die französische Regierung hat ein Vertrauensvotum erhalten, auf das sie kaum stolz sein dürfte: nicht nur, daß ihre Mehrheit angesichts des sozialistischen Mißtrauensantrages gegen ihre Sozialpolitik sehr zusammengeschrumpft ist; sie hat ihre Mehrheit nicht einmal dazu bewegen können, ein Vertrauensvotum für die Regierung abgeben zu können, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sich zwar eine Mehrheit gegen den sozialistischen Antrag, aber nicht für die Regierung fand.

Diese Tatsache ist im übrigen nicht nur darauf zurückzuführen, daß gegensätzliche Auffassungen über die Sozialpolitik bestehen; vielleicht noch niemals in der französischen Nachkriegsgeschichte hat es über die wesentlichen Probleme, die für Frankreich eine Lösung erheischen, so widerspruchsvolle Auffassungen innerhalb der Regierung, des Parlaments und der öffentlichen Meinung gegeben. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß ein tiefes Unbehagen in Frankreich existiert, das sich im August in Massenstreiks entlud, das aber morgen aufgrund irgendeiner anderen Frage erneut zum Ausbruch kommen kann.

Wie soll eine französische Politik bestimmt werden, wenn in jeder Sitzung des Ministerrats heisse Diskussionen über die Frage stattfinden, ob und wie man dem EWG-Vertrag entgegen gehen kann? Wenn Männer wie der Kammerpräsident Herriot und der Präsident der Republik, Vincent Auriol, kaum ihre Skepsis verbergen, während andere teils zögernd zustimmen, teils einen Optimismus zur Schau tragen, der kaum ihren wirklichen Auffassungen entspricht?

Das Unbehagen in Frankreich hat ein solches Ausmaß angenommen, daß man von einer wirklichen Vertrauenskrise sprechen kann. Im August zeigten in erster Linie die Beamten, daß sie dem Staat, der ihnen Versprechen machte und sie nicht hielt, kein Vertrauen mehr schenken. Die Arbeiterschaft gibt sich ihrerseits Rechenschaft darüber ab, daß die derzeitige französische Regierung in größerem Maße den Interessen der Industriellen als denen der Allgemeinheit Rechenschaft trägt: Nicht zuletzt beschwerten sich die französischen Landwirte darüber, einen "ungerechten" Preis für ihre Produkte zu erhalten. Die Demonstrationen der Landwirte, die in diesen Tagen in Frankreich stattfanden,

sind mehr als nur der Ausdruck einer sozialen Unzufriedenheit. Die Landwirte sind der Überzeugung, daß die Regierung nichts gegen die unzähligen Zwischenhändler unternimmt, die durch ihre skandalösen Profite verhindern, daß der Landwirt für seine Produkte einen "gerechten" Preis erhält und die andererseits dazu beitragen, daß der Verbraucher in der Stadt seine Butter und seine Eier zu skandalösen hohen Preisen erwerben muß.

Die Vertrauenskrise macht sich auf allen Gebieten bemerkbar. Die berühmte "Autorität" des Staates, die immer dann angeführt wird, wenn die Gewerkschaften Forderungen erheben, verschwindet vollkommen, wenn sich beispielsweise Marshall Juin "selbständig" macht und von seinem Hauptquartier aus die französische Politik in Marokko leitet und die Regierung jedes Mal vor vollendete Tatsachen stellt. Vertrauenskrise auch dem Parlament gegenüber, das sich nach und nach seiner wesentlichen Vorrechte entäußert und dem Land mitunter ein klägliches Schauspiel bietet. Es wurde in Frankreich bitter kommentiert, daß nicht einmal die Hälfte der Abgeordneten der Debatte über die Sozialpolitik beiwohnten. Die Bevölkerung versteht nicht, daß das Parlament nicht in der Lage ist, eine genaue und ehrliche Auskunft über die Piasterschiebungen in Indochina zu geben, in die hohe Politiker und Beamte verwickelt sind. Man hat, wenn man Gespräche auf der Straße anhört, den Eindruck, daß der Zorn über die Unfähigkeit des Staates, den Interessengruppen, die das Land beherrschen, entgegenzutreten, gefährliche Formen annehmen könnte.

Ganz ohne Zweifel befindet sich die französische Demokratie an einem Wendepunkt. Wie lange wird es dauern, bis Abenteurer und Extremisten diese große Unzufriedenheit, die bereits beträchtliche Formen angenommen hat, ausnutzen, um den "Volkszorn" zu entfesseln? Das ist die echte Gefahr, der sich Frankreich gegenüber sieht. Und nicht zuletzt beruht die Parole der "sozialen und demokratischen Front", die von den französischen Sozialisten ausgegeben wurde, auf der Erkenntnis, daß eine radikale Änderung der französischen Politik und der politischen Atmosphäre im Lande erforderlich ist, um zu verhindern, daß diese größte Vertrauenskrise der Nachkriegsjahre nicht Formen annimmt, die das demokratische Regime gefährden; denn darum geht es heute in Frankreich.

"Neuer Kurs" in engen Grenzen

- o - Der von den Machthabern der Sowjetzone in den letzten Wochen immer wieder propagandistisch herausgestellte "Neue Kurs" hat kürzlich in Ostberlin erstmals eine umfassende Konkretisierung durch die angeordneten Änderungen zum Volkswirtschaftsplan für das zweite Halbjahr 1953 erfahren. Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Bruno Leuschner, gab dabei unter anderem bekannt, daß die industrielle Bruttoproduktion im 2. Halbjahr 1953 gegenüber dem 1. Halbjahr um 14% zunehmen soll, wobei die Privatindustrie die Möglichkeit erhalte, eine Produktionserhöhung um 18,4% durchzuführen, die vor allem der Erzeugung von Gütern des täglichen Bedarfs wie Eisen-, Blech- und Metallwaren, Schuh- und Lederartikeln, Konfektionswaren und Erzeugnissen der Elektrotechnik zugute kommen soll. Dem Handwerk wurde die Aufgabe gestellt, seine Gesamtleistungen gegenüber dem 1. Halbjahr 1953 um 19,2% zu erhöhen. Für die staatlichen Investitionen wurden umfangreiche Reduzierungen angeordnet, für die Schwerindustrie allein um 600 Mio Ostmark. Leuschner verlangte aber, daß die Kapazitätserweiterungen in der Energiewirtschaft und in der Braunkohlenindustrie uneingeschränkt fortgesetzt werden.

In der Landwirtschaft soll durch eine Senkung der Ablieferungspflichten gegenüber dem bisher von der Volkskammer bestätigten Plan für das ganze Jahr 1953 den Einzelbauern und den Produktionsgenossenschaften die Möglichkeit gegeben werden, mehr Produkte zu erhöhten Preisen abzusetzen. Die Aufzucht von hochwertigem Nutztvieh soll erweitert werden, in der Schweinehaltung sei die Verkürzung der Mastzeit und die Erhöhung des Schlachtgewichtes die entscheidende Aufgabe. Die Traktorenzahl werde sich bis Ende 1953 auf das 2 1/2 fache von 1950 erhöhen. Leuschner forderte erneut eine stärkere Hilfe der staatlichen Organe für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, ohne daß dabei die Unterstützung für den Einzelbauern vernachlässigt werden dürfe. Die Einhaltung der nunmehr gemilderten Erfassungspläne sei möglich und unbedingt notwendig, weil man sonst die Bevölkerung nicht besser versorgen könne.

Schon diese Erklärungen Leuschners zeigten einige der bisherigen Fehlentwicklungen in der sowjetzonalen Wirtschaftspolitik auf. Aber er selbst war gezwungen, noch auf viele andere Mängel hinzuweisen, die

sich in erster Linie aus der stur nach sowjetischem Vorbild aufgebauten Kommandowirtschaft ergeben, die der Initiative des einzelnen oder auch der Kollektive keinerlei Spielraum gewährt. Die wahren Ursachen, so sagte Leuschner einmal, für die schlechte Versorgung der Bevölkerung, liegen nicht nur im Fehlen geeigneter Materialien, sondern auch darin, daß die volkseigenen Betriebe materiell nicht daran interessiert seien, breite Sortimente und Neuheiten in kontinuierlicher Produktionsfolge herzustellen, weil - je kleiner das Sortiment sei - der Gewinnplan umso leichter erfüllt werden könne. In diesem Satz liegt für den westlichen Beobachter die ganze Tragik der Menschen, die in einem solchen System sowjetischer Wahnvorstellungen arbeiten und leben müssen. Der Plan und nicht der Mensch und seine Bedürfnisse beherrscht die staatliche und gesellschaftliche Entwicklung.

Leuschner wies aber schon auf die Grenzen des sogenannten "Neuen Kurses" hin, wenn er feststellte, daß die "neuen großen Aufgaben nicht dazu verleiten dürfen, die Entwicklung der Schwerindustrie und des Maschinenbaues zu vernachlässigen". Diese Grenze wurde auch sichtbar in den Verlangen, die Außenhandelsverpflichtungen, die nicht gemildert werden konnten, um jeden Preis zu erfüllen, denn "von der Erfüllung der Exportverträge hängt das Ansehen der DDR ab". Damit aber ist zumindest für die nächsten Monate der Stab über den "Neuen Kurs" gebrochen, denn die Sowjetzone ist keinesfalls in der Lage, zusätzliche Kapazitäten für ein Konsumgüterprogramm kurzfristig freizumachen, und die vorhandenen Kapazitäten dürften, vorerst jedenfalls, für die übernommenen Verpflichtungen der verschiedensten Art voll ausgelastet sein. Die Forderung, die sowjetzonale Staatsreserve, die infolge der Ereignisse des 17. Juni abgebaut wurde, vor allem an Getreide, Fett, Fleisch und Treibstoff vordringlich wieder aufzufüllen, läßt auch für eine baldige Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung keinen großen Optimismus zu. Die Ankündigung des Vorsitzenden des FDGB, Herbert Warnke, für 1954 eine Neuregelung der Lohngruppenkataloge einzuführen, die praktisch für große Teile der Arbeiterschaft eine effektive Lohnsenkung bedeutet, stellt ebenfalls keinen überzeugenden Beweis dafür dar, daß der "Neue Kurs" eine wirklich tiefgreifende Umwälzung für die Lebenslage der Bevölkerung mit sich bringen wird.

+ + +

Also doch ein Mammut-Kabinett !

-ler. Die Verhandlungen über die personelle Zusammensetzung des zweiten Adenauer-Kabinetts sind zwar offiziell noch nicht abgeschlossen, aber mit einiger Sicherheit läßt sich schon heute sagen: Das Kabinett wird, was die Zahl der Minister betrifft, das umfangreichste in der deutschen parlamentarischen Geschichte sein. Die Regierungspresse versucht diese auf uns zukommende und die Steuerzahler beunruhigende Ministerflut mit dem Hinweis auf besonders große Aufgaben, vor denen das zweite Adenauer-Kabinett steht, zu rechtfertigen. Die Größe eines Kabinetts verbürgt jedoch noch nicht dessen Effektivität. Es besteht eher die Gefahr einer gewissen Schwerfälligkeit, einer Überschneidung von Kompetenzen, einer Verwischung der Verantwortung.

Das scheint jedoch den Bundeskanzler nicht sonderlich zu stören. Eine der erstaunlichsten Begründungen für die zu erwartende Ministerinflation ist der Anspruch der hessischen FDP, entweder im Kabinett oder in der Fraktionsführung vertreten zu sein; bei der bisherigen Kabinettszahl müßte der Landesverband des Herrn Euler unberücksichtigt bleiben. Das hält die hessische FDP für unzumutbar. Wenn sie schon nicht ihren Favoriten Preußker stellen kann, dann müsse ihr wenigstens die Fraktionsführung zufallen, was wiederum unmöglich ist, wenn Adenauer drei FDP-Minister in sein Kabinett aufnimmt.

Dieser Kuhhandel hat wahrhaftig mit den "großen Aufgaben" so wenig zu tun wie der Teufel mit dem Weihwasser. Nur um die FDP bei der Stange zu halten, stampft der Bundeskanzler neue Ministerien aus dem Boden.

Der Kanzler hat auch diesmal seine besondere Vorliebe für die DP bewiesen; mit ihren bescheidenen 15 Mandaten erhält sie gleich zwei Minister. Da kann es freilich nicht überraschen, wenn nun die anderen Koalitionspartner bei solcher Großzügigkeit Appetit bekommen und nun ihrerseits auf Sondervorteile bedacht sind. Daß die Befriedigung dieses Ehrgeizes ausschließlich auf Kosten des Steuerzahlers geht, scheint bei dieser unheiligen Jagd nach Ministerposten keine Rolle zu spielen.

Verantwortlich: Peter Raunau